

# 1 **Programm der FDP-Nordfriesland für die Kommunalwahl 2008**

2

3 Beschluss des Kreisparteitages am 12.01.2008 in Husum

4

## 5 **Präambel**

6

7 Der Kreis Nordfriesland braucht ein frisches Team im Kreistag: die FDP

8 Das Ziel der Liberalen in Nordfriesland ist es, in den Kreistag zurückzukehren, um

9 Lösungen mit liberaler Handschrift zum Nutzen der Bürger einzubringen.

10 Im Mittelpunkt liberaler Politik steht der Mensch als Individuum, nicht die Interessen

11 von Gruppen oder Kollektiven. Liberale Kreispolitik hat nichts übrig für

12 weltanschauliche Scheuklappen. Sie ermöglicht den Ausgleich zwischen Interessen,

13 vermittelt zwischen Extremen. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger unseres Kreis

14 ein, auf der Basis der Aussagen dieses Wahlprogramms mit uns hier im Kreis

15 Nordfriesland zusammenzuarbeiten.

16 Liberale Politik setzt auf allen Ebenen auf mündige Bürger, die in Eigenverantwortung,

17 aber auch mit dem nötigen Gemeinsinn ihr Leben selbst in die Hand nehmen. Liberale

18 Politik will den Freiheitsraum des Bürgers möglichst groß gestalten und staatlicher

19 "Regelungswut" entgegenwirken.

20 Die nordfriesische FDP sieht ihre Hauptaufgabe darin, die private Wirtschaft unserer

21 Region durch investitionsfreundliche Rahmenbedingungen wettbewerbsfähiger zu

22 machen, damit die vorhandenen Arbeitsplätze gesichert und neue dauerhafte

23 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden können.

24

25 Folgende Maßnahmen sind für uns vordringlich, wobei wir darauf hinweisen, dass es

26 nicht nur auf Kreisebene möglich sein wird, diese zu realisieren:

27 1. Deregulierung: Kommunale Verwaltungsvorschriften sind so zu gestalten, dass sie  
28 die Schaffung von Arbeitsplätzen anregen statt wie bisher zu behindern. Oberstes Ziel  
29 muss dabei eine drastische Reduzierung von staatlichen Standards und Vorgaben sein.

30 2. Privatisierung: Die Übertragung staatlicher Aufgaben auf Private und die damit  
31 verbundene Rückführung der Kommunalverwaltung auf ihre Kernaufgaben ermöglicht  
32 die Entlastung des Kreishaushaltes und der Kommunalhaushalte. Dieses wird durch  
33 kostengünstigere Leistungserstellung gelingen bei gleichzeitig besserer Bedienung der  
34 Bürgerinnen und Bürger.

35 3. Haushaltssanierung: Die Verantwortung vor der jungen Generation gebietet es, die  
36 Kreditaufnahme der Gemeinden und des Kreises schrittweise zu verringern, mit dem  
37 Ziel, am Ende der kommenden Wahlperiode ausgeglichene öffentliche Haushalte zu  
38 haben. Der Abbau der Budgetdefizite ist ausschließlich über die Senkung staatlicher  
39 Ausgaben anzustreben. Die Erfahrung zeigt, dass Arbeitsplätze dort entstehen, wo die  
40 genannten Reformen konsequent verwirklicht werden.

41

42 Die nordfriesische FDP hat sich in der Vergangenheit intensiv den Anforderungen an  
43 eine moderne Kreispolitik gestellt, Vorschläge zur Gestaltung des Lebens an der  
44 Westküste erarbeitet und frei von ideologischen Sachzwängen Lösungsmöglichkeiten  
45 für alle gesellschaftsrelevanten Bereiche versucht umzusetzen.

46 Die Liberalen werden sich denen als Partner anbieten, die sich von einer  
47 rückwärtsgewandten und staatsgläubigen Politik abwenden.

48 Es gilt weiterhin der Verwaltungsspitze des Kreises klarzumachen, dass ihre Aufgabe  
49 darin besteht, das Dienstleistungsprinzip so umzusetzen, dass die Bevölkerung sie als

50 Partner und nicht als Vormund akzeptiert.

51 Liberale Politik liegt auch aus diesem Grund in Ihrem Interesse.

52 Wählen Sie die Kandidaten der FDP,

53 sie verdienen Ihr Vertrauen.

54 Im folgenden stellt die nordfriesische FDP ihre Vorstellungen zur künftigen Arbeit im  
55 nordfriesischen Kreistag dar.

## 56 **Tourismus**

57

58 Die FDP fordert:

- 59 > Tourismusförderung durch qualitative Weiterentwicklung des Vorhandenen,
- 60 Stärkung des vorhandenen Angebotes
- 61 > Verstärkung und Verbesserung des Marketings
- 62 > Ansiedlung von neuen touristischen Highlights
- 63 > Bessere Nutzungsmöglichkeiten verschiedener Verkehrsmittel
- 64 > kreisweites Netz der Unterkunftsangebote
- 65 > Weiterentwicklung der Gesundheitsangebote

67 Der Tourismus ist nach wie vor eine der wesentlichen Säulen der Wirtschaft in  
68 Nordfriesland. Nach den Schwankungen in den letzten Jahren ist die Politik klar auf die  
69 Weiterentwicklung und Förderung des Tourismus auszurichten, da zum einen zu  
70 erwarten ist, dass die Chancen für den Tourismus in Norddeutschland aufgrund  
71 klimatischer, soziologischer und politischer Veränderungen wachsen, zum anderen die  
72 Konkurrenz entsprechende Anstrengungen unternehmen wird, sich dagegen zu  
73 profilieren. Tourismusförderung ist für die FDP eine der wichtigsten Aufgaben unserer  
74 Kreispolitik.

75

76 Tourismusförderung findet in mehreren Schwerpunktbereichen statt:

- 77 • vorhandene touristische Angebote qualitativ weiterentwickeln (z.B.  
78 Verbesserung der Unterkünfte),
- 79 • Verbesserung des Serviceangebotes auf breiter Ebene (bei Vermietern und  
80 Tourismuszentralen),
- 81 • neuen Trends durch Ansiedlung neuer Unternehmen entgegenkommen  
82 ((FirstClass-Unterkünfte, Golf, Ferienparks, Unterhaltung)
- 83 • touristische Highlights fördern und neu errichten (z.B. Naturparks,  
84 Naturerlebnisräume, Ausstellungen, Wellnessangebote, Kulturangebote),
- 85 • stärkeres Marketing.

86 Im Marketing gilt es, erheblich größere Anstrengungen zu unternehmen als bisher. Es  
87 sollten touristische Regionen gebildet werden, die im Marketing geschlossen auftreten,  
88 z.B. Eiderstedt, Inseln und Halligen, Südtondern, Husumer Bucht, ETS usw. Dafür  
89 müssen Mittel frei gesetzt werden durch Einsparungen in anderen Bereichen.

90 Die Verbesserung der Verkehrsanbindung und der touristisch nutzbaren Verkehrsmittel  
91 (Auto, Rad, Bahn, Schiff), auch für den Erlebnis- oder Tagestourismus muss hohe  
92 Priorität bekommen.

93 Entwicklung eines vorrangig privaten oder vereinsgestützten kreisweiten Netzes der  
94 Unterkunftsangebote und eine Buchungszentrale mit Anschluss an überregionale  
95 Buchungsmöglichkeiten.

96

## 97 **Wirtschaft und Arbeit**

98

99 Die FDP fordert:

- 100 > eine wirtschaftlich orientierte Verwaltung
- 101 > Genehmigungsverfahren vereinfachen
- 102 > Reduzierung von staatlichen Standards und Vorgaben
- 103 > Modernisierung der Bahnlinie Hamburg - Westerland
- 104 > Weiterbau der A23
- 105 > Verbesserung der West-Ost-Verbindungen

106

107 Arbeitsplätze entstehen dort, wo die Rahmenbedingungen gut sind. Dazu  
108 gehören unter anderem moderne Verkehrswege aber auch eine wirtschaftlich  
109 orientierte Verwaltung, politische Aufgeschlossenheit gegenüber ansässigen  
110 und ansiedlungswilligen Unternehmen und Unternehmern, sowie Beständigkeit  
111 und Kalkulierbarkeit der politischen Entscheidungen.

112

113 Die kommunale Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat es nicht geschafft,  
114 den Strukturwandel zu bewältigen, Arbeitsplätze zu schaffen und günstige  
115 Rahmenbedingungen für bestehende Unternehmen zu gewährleisten. Dazu gehört  
116 auch eine aktive Anwerbungspolitik für kleine und mittlere Betriebe.

117

118 Gründe hierfür sind unter anderem langwierige und komplizierte  
119 Genehmigungsverfahren, überzogene Umweltstandards und überflüssige,  
120 zeitraubende Meldeverfahren. Ein wesentliches Ziel muß eine Reduzierung von  
121 staatlichen Standards und Vorgaben sein damit Unternehmen der Vorteil einer  
122 Ansiedlung im Kreisgebiet vor Augen geführt werden kann.

123

124 Die Kreativität der Unternehmer darf dabei nicht an starrer Landesplanung  
125 bei Bezuschussungen und bei der Standortgenehmigung scheitern.  
126 Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden.

127

128 Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung müssen von den Kommunen verstärkt  
129 einbezogen werden, um den weiteren Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern  
130 und neue Arbeitsplätze zu gewinnen.

131

132 Die FDP setzt sich für eine moderne, nach neuen Marktpotentialen  
133 orientierte, kommunale Wirtschaftsförderung ein. Tourismus, Neue  
134 Technologien und alternative Energiequellen (z.B. Windkraft und Wasserstoff)  
135 bilden entscheidende Wirtschaftsbereiche der Zukunft.

136

137 Ein weiterer wichtiger Baustein in einer regional erfolgreichen  
138 Wirtschaftspolitik und auch als Notwendigkeit für die Mobilität der Bürger  
139 ist eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik.

140

141 Die Modernisierung der Bahnlinie Hamburg - Westerland, mit der Weiterführung  
142 bis Esbjerg, sowie der Weiterbau der A23 in den Raum Nordfriesland im  
143 Zusammenhang mit der überfälligen Elbquerung, müssen als dringende Forderung  
144 gegenüber dem Bund angemeldet werden.

145

## 146 **Regionalplanung und Kommunalpolitik**

147

148 Die FDP fordert:

- 149 > Neugestaltung der Planungsräume statt Großkreise
- 150 > Abbau von Mittelinstanzen der Landesregierung
- 151 > Für Husum Teilfunktionen eines Oberzentrums
- 152 > Ein Regionalbüro der Landesregierung für die Wirtschaftsförderung an der
- 153 Westküste

155 Regionalprogramme, egal ob durch die Landesregierung oder die EU gefördert oder  
156 kofinanziert, haben sich nach Meinung der FDP zusätzlich zu den Fördermitteln des  
157 Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe als sehr hilfreich erwiesen. Diese  
158 strukturelle Förderung über mehrere Jahrzehnte hat deutlich gemacht, dass die  
159 Westküste nie in die wirtschaftliche Lage kommen wird, eine eigene Wirtschaftskraft so  
160 zu entwickeln, dass sie Fördermittel von außen nicht mehr benötigen wird. Die  
161 Haushalte des Kreises und seiner Kommunen sind dafür der Beleg.

162

163 Finanzielle Unterstützungs- und Fördermaßnahmen können die Versäumnisse der  
164 Vergangenheit nicht kurzfristig ausgleichen. Es bedarf aus Sicht der FDP einer seit  
165 Jahrzehnten überfälligen und umgehenden Neugestaltung der Planungsräume im Land  
166 und nicht der Einführung von Großkreisen, die arme Kreise nur noch ärmer machen.

167

168 Ein Oberzentrum, bzw, ein Zentrum mit den Teilfunktionen eines Oberzentrums gehört  
169 an die Westküste. Zusätzlich muss weiter intensiv darum geworben werden, dass der  
170 Landesteil Schleswig mit Nordfriesland, Flensburg und Schleswig-Flensburg im  
171 Zusammenhang mit der sich weiterentwickelnden Region Sonderjylland in Dänemark  
172 als Chance für eine gemeinsame Zukunft beiderseits der Grenze gesehen wird, - frei  
173 von nationalen Eitelkeiten und getragen von den jungen Menschen in dieser Region.

174

## 175 **Öffentliche Sicherheit und Ordnung**

- 176  
177 Die FDP unterstützt die Arbeit der Polizei in Nordfriesland  
178 > insbesondere die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Polizeidirektion  
179 Nordfriesland und den Behörden des Bundes  
180 > Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitszentrums von deutschen und  
181 dänischen Dienststellen  
182 > Stärkung der Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei

184 Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.  
185 Die Polizei alleine kann dies nicht leisten, gefordert sind hier insbesondere die Schul-  
186 und die Sozialpolitik. Notwendig ist also ein interdisziplinäres Denken und Handeln.  
187 Hier gilt es, für neue Ideen zu werben: "Hinsehen statt wegschauen; helfen statt  
188 wegducken." Engagement und Zivilcourage sind liberale Bürgertugenden, für die die  
189 FDP wirbt.

190  
191 Die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Nordfriesland ist vor allen Dingen durch  
192 Einwirkungen von außen bedroht. Schleswig-Holstein ist die Brücke zwischen  
193 Skandinavien und Mitteleuropa und damit zugleich Transitland für Rechtsbrecher.  
194 Tourismus und Transitverkehr sind nicht nur Wirtschaftsfaktoren, sondern bergen auch  
195 Gefahren. Vor diesem Hintergrund haben die Ordnungskräfte in Nordfriesland u.a.  
196 dafür zu sorgen dass unser Kreis kein Rückzugsraum für Straftäter wird. Der Kreis  
197 muss gemeinsam mit dem Land die Voraussetzungen dafür schaffen, dass  
198 Rechtsverletzungen zügig und wirksam verfolgt werden können.

199  
200 In unserem Lebensraum müssen alle deutschen und dänischen Sicherheitsbehörden so  
201 zusammen arbeiten, wie es die europäischen Sicherheitsnormen ermöglichen. Der  
202 Kreis Nordfriesland kann dieses gemeinsam mit Bundes- und Landesbehörden  
203 voranbringen. Die FDP fordert ein gemeinsames Sicherheitszentrum, evtl. auch für  
204 den gesamten Landesteil Schleswig möglichst unter Beteiligung der dänischen  
205 Sicherheitsbehörden, um die sichtbar zu geringen Personalressourcen sinnvoll zu  
206 nutzen. Deshalb kann es nicht sinnvoll sein, dass der Bund die Bundespolizei in  
207 unserem Kreis und im Landesteil insgesamt ständig reduziert.

208 Die besonderen Belastungen der Polizei durch Tourismus und Transitverkehr erfordern  
209 nicht nur eine optimale technische Ausstattung, sondern auch die weitgehende  
210 Befreiung von unnötigen Bürotätigkeiten und Hilfsarbeiten für kommunale  
211 Ordnungsbehörden.

212  
213 Straftaten können vielfach verhindert und Straftäter leichter überführt werden, wenn  
214 Bürger und Polizei vertrauensvoll zusammen arbeiten. Die FDP fordert, dass im Kreis  
215 von der Bevölkerung mehr Anstrengungen unternommen werden, um die  
216 Wachsamkeit zu erhöhen. Ein wesentliches Hilfsmittel können flächendeckende  
217 Kriminalpräventive Räte sein. Hier hat die Politik die Aufgabe, für die Einrichtung  
218 dieser freiwilligen Einrichtungen zu werben.

219

## 220 **Natur- und Umweltschutz**

221

222 Die FDP fordert:

223 > Umweltpolitische Motivation durch Anreize statt Demotivation durch Gängelei

224 > Ökologie und Marktwirtschaft sinnvoll verbinden

225 > Zum Klimaschutz beitragen

226 > Wirtschaftliche Anreize zur Verringerung des Trinkwasserverbrauchs

227

228 Ziel aller Umweltpolitik ist die Abwendung der Gefahren für das ökologische Gleichgewicht  
229 in den Städten und den ländlichen Regionen. Die FDP in Nordfriesland will weitere Anreize  
230 schaffen, sparsam mit dem Gut Umwelt umzugehen. Eine dauerhafte Sicherung der  
231 natürlichen Lebensgrundlagen kann aber nicht allein durch staatlichen Dirigismus oder  
232 neue Ökosteuern geschehen, sondern nur mit der Nutzung der Kräfte der Märkte. Eine  
233 vernünftige Verbindung von Ökologie und Ökonomie ist zwingend erforderlich.

234

235 Zur Zeit wird das Seegebiet auf der Seeseite des Nationalparks mit beliebigen Ladungen  
236 nach Gutdünken befahren. Welch katastrophalen Folgen die Strandung des  
237 vergleichsweise harmlosen Holzfrachters „Pallas“ hatte, wissen wir. Die Folgen der  
238 Strandung eines Gefahrgutfrachters müssen zwangsläufig noch viel schwerwiegender und  
239 anhaltender sein. Deshalb fordern wir die Einrichtung einer länderübergreifenden  
240 Einsatzzentrale mit Weisungsbefugnis und unterstützen die Feststellung/Einrichtung eines  
241 PSSA-Gebietes (besonders empfindliches Meeresgebiet) auf der Seeseite des  
242 Nationalparks. Das bedeutet keine Einschränkung für die Anwohner, sondern bildet die  
243 Grundlage für nach internationalem Seerecht verbindliche und überwachte  
244 Beschränkungen und Auflagen für ein Befahren mit potenziell gefährlicher Ladung.  
245 Vorhandene technische Möglichkeiten der Bundeswehr sollten im Notfall genutzt werden.

246

247 Die FDP versteht sich als Anwalt derer, die Nordfriesland wirtschaftlich weiterentwickeln  
248 wollen. Deshalb bewerten wir die Windkraft als Standbein der Energiegewinnung positiv  
249 und werden auch künftig die Fremdenverkehrsentwicklung unterstützen, beides  
250 abgestimmt auf Landschaftsbild und den Naturschutz. Viele durch das Land  
251 festgeschriebene Umweltnormen sind gerade für einen ländlichen Bereich wie  
252 Nordfriesland überzogen und müssen auf einen sinnvollen Standard zurückgeführt  
253 werden, damit Umwelt- und Naturschutz in der Bevölkerung wieder ein Mehr an Akzeptanz  
254 erhalten. Explodierende Kosten durch immer höhere Abgaben an das Land im Abwasser-,  
255 Grundwasserentnahme- und Abfallwirtschaftsbereich stoßen auf Unverständnis in der  
256 Bevölkerung. Die strenge Zweckbindung dieser Abgaben wird von der FDP genau  
257 überprüft werden.

258

259 Die akute Gefahr eines menschengemachten Klimawandels ist nunmehr weltweit  
260 anerkannt. Er wird für Nordfriesland Einbußen in der Landwirtschaft (zusätzlich Hitze-/  
261 Trockenperioden) mit sich bringen und längerfristig große Probleme beim Küstenschutz  
262 (zusätzlich Meeresspiegelanstieg) bis hin zu großen Landverlusten. Es ist deshalb  
263 geboten, den hier möglichen Beitrag zum Klimaschutz durch völlig treibhausgasfreie  
264 Stromproduktion aus Windkraft optimal zu nutzen. Die FDP Nordfriesland setzt sich  
265 entschieden für die zur Ableitung der hier erzeugten Energie bereits seit Jahren  
266 zwingend erforderliche Netzverstärkung ein, und zwar als sturmsicheres Erdkabel. Falls  
267 der Netzbetreiber diesen Ausbau trotz der Eilbedürftigkeit weiterhin zu behindern  
268 sucht, unterstützt sie eine unabhängige Herstellung der Leitung von Breklum nach  
269 Haurup bei Flensburg.

270

271 Ein hoher Verbrauch von Trinkwasser ist weder ökologisch noch wirtschaftlich  
272 vertretbar. Die Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein haben viel  
273 nachzuholen. Die Tarifstruktur der Versorger darf hohe Verbräuche nicht mehr  
274 begünstigen, damit Verfahrensänderungen und eine Installation von  
275 technischen Spareinrichtungen auch ökonomisch Sinn machen.

## 276 Familienpolitik

277

278 Die FDP fordert:

279 > Gleichrangigkeit zwischen Hausfrauentätigkeit und Berufstätigkeit

280 > betreute Schule für Klasse 1-10

281 > umfassende Jugendförderung

282 > Förderung von Jugendzentren

283

284 Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Familie die zentrale Institution für die Erziehung,  
285 Förderung und Pflege von Kindern bleibt. Den Eltern allein obliegt das  
286 Bestimmungsrecht für das Wohlergehen der Kinder. Die Eltern entscheiden, in  
287 welchem Ausmaß die Kinder zu Hause betreut werden, oder wieweit Kindergärten an  
288 der Erziehung der Kinder beteiligt sind. Bei der Auswahl der Schule und bei der  
289 inhaltlichen Ausrichtung der Schule muss den Eltern ein hohes Maß an Mitbestimmung  
290 eingeräumt werden.

291

292 Bei vielen Eltern ist der Wunsch vorhanden, dass beide Elternteile berufstätig sind.

293 Hier sieht die FDP eine Gleichrangigkeit zwischen der reinen Hausfrauentätigkeit und  
294 einer zusätzlichen Berufstätigkeit. Beide Lebensmodelle sind individuelle

295 Entscheidungen und sollen von der Politik weder besonders gefördert noch finanziell  
296 benachteiligt werden.

297

298 Wenn der Elternwunsch vorhanden ist, soll für Schulkinder eine betreute Grundschule  
299 oder eine betreute Sekundarstufe 1 unterstützt werden. Die Eltern sind an den Kosten  
300 zu beteiligen.

301

302 Die FDP spricht sich für eine umfassende Jugendförderung im Sinne des KJHG aus.

303 Dazu gehören einerseits alle Hilfen, die Familien benötigen, ihre Erziehungs- und

304 Bildungsaufgaben wahrzunehmen, andererseits Hilfen, die direkt den Kindern und  
305 Jugendlichen zukommen. Dabei sollen sowohl von seiten des Kreises neue Lösungen

306 entwickelt werden (Beispiel Elternschule), andererseits private Einrichtungen und

307 Initiativen zu neuen Wegen ermuntert werden.

308

309 Die FDP spricht sich für die weitere Förderung von Jugendzentren aus. Hier soll den

310 Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, bei der Verwaltung und Einrichtung

311 Eigeninitiative zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen.

312

## 313 Sozialpolitik

314

315 Die FDP fordert:

- 316 > Mehr Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe
- 317 > Förderung von arbeitsmarktqualifizierenden Maßnahmen
- 318 > Stärkung der privaten Pflegedienste
- 319 > Ambulant vor stationär beim Wohnen für pflegebedürftige Menschen
- 320 > Ambulant vor stationär in der medizinischen Versorgung
- 321 > Wohnortnahe medizinische Versorgung

322

323 Eine liberale Wirtschaftspolitik, die für einen hohen Beschäftigungsgrad sorgt, ist die  
324 beste Sozialpolitik.

325

326 Die FDP unterstützt die Intentionen von Hartz 4, für einen möglichst großen  
327 Personenkreis einen Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu schaffen. Der arbeitsfähige  
328 Empfänger von Sozialleistungen muss nachweisen können, dass er sich ernsthaft um  
329 Arbeitsaufnahme bemüht hat und an allen Angeboten teilgenommen hat, um seine  
330 Qualifikation zu erhöhen.

331 Der Kreis soll die Institutionen fördern, die arbeitsmarktqualifizierende Maßnahmen  
332 anbieten. Weiterhin sind die beschützenden Werkstätten in Husum und Niebüll bei  
333 ihren Bemühungen zu unterstützen, Mitarbeiter in den ersten Arbeitsmarkt zu  
334 vermitteln.

335

336 Bei der Fürsorge für pflegebedürftige Personen ist die Pflege und Betreuung durch  
337 Familienangehörige oder ambulante Pflegedienste der Pflege in stationären  
338 Einrichtungen vorzuziehen und entsprechend zu unterstützen. Bestrebungen, die  
339 ambulante Betreuung für Menschen mit Behinderungen zu fördern, werden von der  
340 FDP unterstützt.

341 Bei der häuslichen Pflege werden die Familienangehörigen in erheblichem Maße durch  
342 ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen unterstützt. Die FDP begrüßt es, dass  
343 es zusätzlich zu den Sozialstationen, die vor allem von den großen Sozialverbänden  
344 getragen werden, private Pflegedienstangebote gibt, so dass der Pflegebedürftige  
345 unter mehreren Anbietern auswählen kann.

346 Damit ältere Menschen solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung wohnen  
347 bleiben können, setzt sich die FDP für den Bau von altengerechten Wohnungen in den  
348 einzelnen Gemeinden ein. Hierbei ist privaten Bauträgern der Vorzug zu geben.

349

350 Die FDP setzt sich für die wohnortnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung ein.  
351 Die Krankenhäuser in Nordfriesland sollen erhalten bleiben und gegebenenfalls  
352 Schwerpunkte bilden können. Medizinische Versorgung in den ambulanten Praxen soll  
353 Vorrang haben vor der stationären Versorgung. Die Arztpraxen sind entsprechend  
354 auszubauen. Der Kreis soll Schließung der Arztpraxen außerhalb der Zentren  
355 entgegenwirken. Eine wohnortnahe ambulante Versorgung muss weiterhin möglich  
356 sein.

357

358 Die FDP begrüßt das Bestreben der Hospizvereine, ein Hospiz in Nordfriesland zu  
359 errichten.

## 360 **Kultur**

361

362 Die FDP fordert:

- 363 > ein Kulturkonzept für den Kreis NF
- 364 > die Einführung einer „Nordfriesland-Card“
- 365 > ein Kontaktgremium für die friesische Volksgruppe
- 366 > intensive Fortführung der Paten- und Partnerschaftsarbeit
- 367 > Stärkung des Ehrenamtes in der Kulturarbeit

368

369 Kulturarbeit ist Verfassungsauftrag. Dabei sind Kommunen und Kreis wesentliche  
370 Träger der Kulturarbeit. Die Kultur muss als Standortvorteil begriffen werden, sowohl  
371 für die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen als auch für den Tourismus.

372

373 Leider vernachlässigt das Land Schleswig-Holstein immer mehr seine Verpflichtungen  
374 in der flächendeckenden Kulturpolitik und fördert mehr und mehr nur noch wenige  
375 Spitzenveranstaltungen. Die finanzielle Verantwortung wird zunehmend auf Kreise und  
376 Kommunen verlagert. So schrumpfen die freiwilligen Leistungen im Kulturbereich und  
377 mindern die Lebensqualität der Region. Deshalb will die FDP auch bei knapper  
378 werdenden Finanzmitteln keine pauschalen Kürzungen im Kulturbereich.

379

380 Sie fordert zum Erhalt der Kreismusikschule, der öffentlichen Büchereien, der Museen,  
381 des Landestheaters und all der anderen Kultureinrichtungen die Erarbeitung eines  
382 Kulturkonzeptes mit den Beteiligten. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen  
383 werden, dass Kulturarbeit in NF erfolgreich geleistet und langfristig gesichert wird.

384

385 Die Eintrittsentgelte für Museen sollen sich am Ausstellungswert orientieren und nicht  
386 einheitlich im Kreisgebiet erhoben werden. Die Möglichkeiten zu Einnahmen aus  
387 Verkauf und Bewirtung in diesen Einrichtungen sind zu erweitern. Vorrangig ist die  
388 Einführung einer „Nordfriesland-Card“, die Bürgerinnen und Bürgern des Kreises und  
389 Touristen dazu ermuntert und es ihnen erleichtert, die kulturellen Einrichtungen des  
390 Kreises und der Städte und Gemeinden zu besuchen.

391

392 Nordfriesland besitzt als Mehrsprachenland einen in Deutschland einmaligen  
393 Reichtum. Das ehrenamtliche Wirken der Bürger in den Vereinen für die Kultur- und  
394 Heimatpflege im Kreisgebiet hat einen unschätzbaren Wert. Die Anerkennung und  
395 Förderung dieser Arbeit, insbesondere auch für den Erhalt der Mehrsprachigkeit, ist  
396 Aufgabe des Kreises. Nach dem Vorbild von Land und Bund soll der Kreis ein  
397 Kontaktgremium für die friesische Volksgruppe schaffen.

398

399 Die FDP unterstützt die Paten- und Partnerschaftsarbeit des Kreises. Sie fordert dazu  
400 auf, die bestehenden Kontakte in guter Tradition zu pflegen und die nach Krieg und  
401 deutscher Einheit gewachsenen Beziehungen fortzuführen.

402

403 Kulturarbeit ist auf ehrenamtliche Tätigkeit angewiesen. Immer mehr ehrenamtlich  
404 tätige Menschen resignieren aber inzwischen, weil ihre ehrenamtliche Tätigkeit sie  
405 nicht nur zeitlich, sondern zunehmend finanziell belastet. Zur Stärkung des  
406 Ehrenamtes reicht es nicht, bunte Prospekte zu verteilen und zentrale  
407 Werbeveranstaltungen zu organisieren. Finanzielle Unterstützung des Ehrenamtes ist  
408 immer billiger und führt oft auch zu besseren Ergebnissen als hauptamtliche  
409 Kulturarbeit.

## 410 **Finanzen und Steuern**

411

412 Die FDP fordert

413 > - zukunftssichere Finanzausstattung der Gemeinden

414 > - Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung

415 > - Übernahme aller Kosten der Auftragsverwaltung durch Bund und Land.

416

417 Die FDP Nordfriesland unterstützt die Reformvorschläge der FDP-Bundestagsfraktion

418 für eine Neuordnung der kommunalen Finanzausstattung. Mit der Zuweisung eines

419 höheren Umsatzsteueranteils und mit der Beteiligung der Kommunen an der

420 Körperschaftsteuer erhalten die Kommunen Finanzmittel, die von

421 Konjunkturschwankungen unabhängig sind.

422 Die mit hohen Bürokratie-Kosten verbundene Gewerbesteuer kann ersatzlos entfallen.

423 Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wird gesichert durch Einführung eines

424 Hebesatzrechtes für den bisherigen 15-Prozent-Anteil an der Einkommen- und

425 Lohnsteuer.

426 Kommunen brauchen Planungssicherheit zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Aushöhlung

427 der Finanzkraft der Kommunen durch Bund und Land muss aufhören. Bei Übertragung

428 von Aufgaben auf die Kommunen müssen Bund und Land die notwendigen

429 Finanzmittel bereitstellen. Die Anteile der Kommunen am Finanzausgleich müssen

430 durch Landesgesetz gesichert werden und dürfen auch nicht teilweise zur Sanierung

431 der Landesfinanzen verwendet werden.